

GROSSER RAT DES KANTONS THURGAU

Grossratsgeschäfts-Nummer: 04 / BS 21 / 176
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DEK

Bericht der Kommission zur Vorberatung des Berichtes zur Entwicklung des Thurgauer Bildungswesens vom September 2005

Zusammensetzung der Kommission

- Präsident: - Vonlanthen Andrea, Chefredaktor, Arbon
- Mitglieder:
- Brotbeck Simone, Sozialpädagogin FH, Bottighofen
 - Claus-Arnold Erna, Kindergärtnerin, Bottighofen
 - Hugentobler Walter, Schulleiter, Matzingen
 - Imhof Beat, Agro-Ing. HTL, Kartograf, Schulpräsident, Balterswil
 - Keller Walter, Landwirt, Weinfeldern
 - Knill-Kradolfer Monika, med. Praxisassistentin, Gemeinderätin, Alterswilen
 - Krucker August, Betriebsökonom HWV, Rickenbach
 - Meyenhofer Hildegard, Sozialarbeiterin/Supervisorin BSO, Kreuzlingen
 - Nägeli Willy, Primarlehrer, Oberwangen
 - Neubauer-Weber Madlen, Geschäftsfrau, Lehrerin, Erlen
 - Schmid Luzi, Notar, Arbon
 - Senn Norbert, Sekundarlehrer, Romanshorn
 - Stuber Martin, Gemeindeammann, Märstetten
 - Tobler Stephan, Geschäftsleiter, Schulpräsident, Roggwil
 - Beerli Urs-Peter, Arzt, Dr. med., Märstetten (Beobachter)

Vertreter des Departements

- Regierungsrat Bernhard Koch, Chef DEK
- Urs Schwager, Chef Amt für Mittel- und Hochschulen / DEK
- Walter Berger, Chef Amt für Volksschulen und Kindergarten / DEK
- Ueli Berger, Chef Amt für Berufsbildung und Berufsberatung / DEK
- Agnes Weber, Schulentwicklung und Bildungsplanung / DEK
- Jürg Brühlmann, Projektleiter Geleitete Schulen, AVK / DEK /
Protokollführung der 1., 3. und 4. Sitzung
- Manuela Olgiati, Amt für Volksschule und Kindergarten / DEK
Protokollführung der 2. Sitzung

Die Kommission zur Vorberatung des Berichtes zur Entwicklung des Thurgauer Bildungswesens vom September 2005 behandelte die Vorlage in vier Sitzungen. Sie dankt den Vertretern des Departements für Erziehung und Kultur (DEK) für die aufmerksame und überzeugende Begleitung der Verhandlungen.

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vorberatende Kommission

- hat vom Bildungsbericht Kenntnis genommen,
- hat sich umfassend über Entwicklungen, Strategien, Projekte und Umsetzungen informiert,
- hat sich speziell über das Vorhaben einer Integrativen Schule informiert,
- begrüsst ausdrücklich die Absicht, nach der Bildungsoffensive der Nachhaltigkeit, und Konsolidierung ein besonderes Augenmerk zu schenken,
- vertritt die Meinung, dass die Bildungsziele deutlicher vermittelt werden sollten,
- spricht sich mehrheitlich für eine Stabilisierung der beeinflussbaren Bildungskosten aus,
- spricht sich mehrheitlich für die Beibehaltung einer zweijährlichen Berichterstattung aus.

2. Allgemeines

Der dritte Bericht zur Entwicklung des Thurgauer Bildungswesens wurde in der Kommission durchwegs positiv aufgenommen. Er beschreibt die Entwicklungen seit 2003 im Thurgau und im Umfeld des Kantons. Im Anhang werden zentrale Auszüge aus dem letzten Bericht aufgeführt, die unverändert gültig sind. Die vielfältigen Informationen und die übersichtliche Gestaltung zeigen, wo der Thurgauer Bildungs-Zug steht und wohin die Reise gehen soll – und was sie kosten könnte. In einem mittleren Urwald von Problemen und Projekten gelingt es dem bildungspolitischen Kursbuch, Übersicht und Transparenz zu schaffen. Er ist eine hilfreiche Basis für die breite politische Diskussion. Intern dient er zur Standortbestimmung und als Führungsinstrument, damit der Zug nicht auf falsche Geleise gerät.

Der dritte Bericht betont, dass Bildung ein wichtiger Standortfaktor geworden ist. Der Regierungsrat hat das Thema „Bildung, Familie, Jugend“ in seinen Richtlinien für die Legislaturperiode 2004-2008 deshalb als eines von vier Schwerpunktzielen bezeichnet. Verstärkt wird auf die Kooperation mit dem Bund und der EDK hingewiesen. Pisa prägt den Bericht fast greifbar. Die Studie von 2003 stellt dem Thurgauer Schulwesen ein ausgezeichnetes Zeugnis aus. Das Erziehungsdepartement feiert den Thurgau seither als „das Finnland der Schweiz“. Das Klassenklima im Thurgau gilt gesamtschweizerisch als das beste. Der Bericht geht davon aus, dass die so genannte Bildungsoffensive beendet ist. Sie war mit den Richtlinien 2000-2004 des Regierungsrates gestartet worden. Die einzelnen Projekte erzielen offenbar die gewünschte Wirkung. Das wird die Schullandschaft nach Auffassung des Erziehungsdepartementes beruhigen. Die Schulentwicklung jedoch schreitet fort.

Gleich eingangs wurde übrigens deutlich, dass „Bildung“ sehr unterschiedlich verstanden wird. Eine klare Definition könnte der Diskussion dienlich sein.

Kritikpunkte

In der Kommission wurde teils die selbstkritische Sicht vermisst. Der Bericht sei etwas „bildungstechnokratisch“ verfasst. Was sich gesellschaftlich und im Schulzimmer abspiele, komme zu kurz. Kritisch hinterfragt wurde, ob die Entwicklung nicht bloss Veränderung, sondern wirklich auch Verbesserung bewirkt habe. Lebhaftige Diskussionen löste Pisa aus. Die Studien führten zur Statistikgläubigkeit und zu fragwürdigen Interpretationen. Sie würden überbewertet. Die Frage wurde laut, wie die Resultate zustande kommen. Ob man sich auf die Ergebnisse etwas einbilden könne, bleibe zweifelhaft. Eine Beruhigung in der Schullandschaft nach all der Projektheftik ist nach Auffassung der Kommission unumgänglich. Bisher sei sie kaum spürbar. Die momentane Umsetzung fordere gewaltige Kräfte. Das dürfe nicht unterschätzt werden. Zur Geleiteten Schule und zur Oberstufe dürften keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Grosse Skepsis wurde bereits zur geplanten Integrativen Schule geäussert. Kritisch wurde vermerkt, dass ein Abschnitt zum Stellenwert des Religionsunterrichtes fehlt, obwohl dies nach dem zweiten Bildungsbericht zugesichert worden war. Der Wertediskussion werde zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, wie auch der Medienerziehung. Nur am Rande kamen auch die Bildungskosten zur Sprache. Mehrheitlich wurde die Meinung vertreten, die beeinflussbaren Bildungskosten müssten jetzt stabilisiert werden.

Sicht des Departementes

Zu einzelnen Kritikpunkten bestätigte Regierungsrat Bernhard Koch den Reformstau in den 90er-Jahren. Selbstverständlich werde auch die Meinung von Eltern und Schülern erfragt, in einem Entwicklungsbericht aber nicht öffentlich gemacht. Bei Pisa würden Schüler aus allen Schulstufen eines Jahrgangs befragt, und zwar 50 Prozent eines Jahrgangs. Die Politik wolle Pisa. Sie wolle wissen, was mit dem Geld der Steuerzahler geschehe. Der Thurgau beteilige sich 2006 nochmals mit einer eigenen Studie daran. Momentan laufe eine zweite Studie, um die Probleme der Behörden und der Lehrerschaft besser zu erkennen – Kostenpunkt: 250'000 Franken. Das Departement plane keine weiteren Projekte. Schulen und Gemeinden wetteiferten aber oft selbst mit Projekten. Religionsunterricht sei Sache der Landeskirchen. Im Rahmen des Lehrplanes werde die Diskussion um Religion und Ethik aber geführt. Medienerziehung solle an der Pädagogischen Hochschule ein Schwerpunkt werden.

Wertediskussion

Breit wurde in der Kommission die Werte-Frage diskutiert. Bei einer künftigen Revision des Unterrichtsgesetzes soll auch die Frage des Religionsunterrichtes und der Wertevermittlung diskutiert werden. Das DEK will das Thema ernst nehmen. Die Schule dürfe nicht nur Anliegen der Wirtschaft beachten. Der christlichen Religion als Basis der westlichen Kultur und Ethik sei ein besonderes Augenmerk zu schenken. Die Schule habe stillschweigend auch die vermehrte Werteerziehung übernommen. Hier würden zentrale Werte schon heute täglich gelebt. Aus Kostengründen dürfe die Studentafel nicht weiter belastet werden. In „Religion und Ethik“ werde mit der Pädagogischen Hochschule und den Landeskirchen aber ein Fundament gelegt.

Erscheinungsweise

Die Kommission spricht sich mit 6 zu 3 Stimmen für die Beibehaltung der zweijährlichen Berichterstattung aus. Dieser Rhythmus passe besser in eine vierjährige Legislatur, lasse eine Entwicklung hautnah begleiten und auch leichter auf frühere Diskussionen zurückgreifen. Eine Minderheit vertrat die Ansicht, der dreijährliche

Rhythmus entspreche einem reduzierten Entwicklungstempo besser.

3. Detailberatung

Vorwort des Erziehungschefs

Die Lehrplaninhalte werden auf schweizerischer Ebene überdacht. Geplant ist ein Deutschschweizer Lehrplan. Religionspädagogik ist Teil davon. Die Bildungsoffensive ist beendet, nicht aber die Schulentwicklung. Gemäss aktueller Studie vom Dezember 2003 ist die Mehrheit der Lehrkräfte sehr zufrieden mit ihrer Arbeit. Angesichts mehrerer belastender Faktoren fühlt sich aber ein Drittel der Lehrkräfte erschöpft. Das grösste Potenzial für eine Entlastung wird in den Geleiteten Schulen gesehen. Die Pisa-Studie von 2003 hievt den Thurgau in allen gemessenen Bereichen in die Spitzengruppe. Als Schwachstellen werden die breite Streuung der Leistungen, die mangelhafte Integration fremdsprachiger Kinder, die starke Koppelung der Leistung an die soziale Herkunft und unnötige Unterschiede zwischen den Geschlechtern genannt.

Als mittel- und langfristig anfallende Herausforderungen werden die Reorganisation des sonderpädagogischen Angebots, das Sprachenkonzept und die Blockzeiten erwähnt. Die Kantonalisierung der Berufsschulen ist erfolgreich umgesetzt. Die Pädagogische Hochschule entwickelt sich erfreulich. Die thurgauische Maturitätsquote ist knapp unterdurchschnittlich, die universitäre Abschlussquote tief.

Anmerkungen aus der Kommission: Der grosse Anteil an erschöpften Lehrern gibt zu denken. Die geplagten Pädagogen sollten ernst genommen werden. Die schwierigen Schüler werden zunehmend zur Belastung. Das Timeout-Angebot drängt sich auf. Die drei Turnstunden sollten möglichst durchgezogen werden, auch an der Oberstufe. Fragen rund um Religion und Ethik sollten vermehrt zur Sprache kommen.

Das Thurgauer Bildungswesen im Umfeld

Die Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) setzt momentan vier Schwerpunkte:

- Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS)
- Aufbau eines schweizerischen Bildungsmonitorings
- Stärkung des Berufsstands der Lehrkräfte
- Weiterentwicklung des Sprachenunterrichts

An der Pisa-Untersuchung beteiligte sich der Thurgau mit einer eigenen Studie. Das erleichtert ihm den interkantonalen Vergleich. Der Thurgau erreichte in allen vier gemessenen Bereichen (Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften, Problemlösen) Spitzenwerte. Das Klassenklima gilt als das beste. Der Computer wird im Schulzimmer häufig genutzt. Die Schulleistungen sind auch im Thurgau stark abhängig von der sozialen Herkunft.

Bei den Bildungsausgaben für die obligatorische Schule liegt der Thurgau an 23. Stelle von 26 Kantonen. Ein Schüler kostet im Thurgau während der obligatorischen Schulzeit 115'000 Franken (andere Kantone: 88'000-148'000 Franken). Eine Maturität an der öffentlichen Schule kommt auf durchschnittlich 70'000 Franken zu stehen.

Die Berufsmaturitätsquote betrug 2003 im Thurgau 10,6% (Schweiz: 10,3%), die gymnasiale Maturitätsquote 15,6% (Schweiz: 19,0%). Bei letzterer ist der Frauenanteil deutlich höher (Männer 11,4%, Frauen 20,2%). Bei der Hochschul-Abschlussquote (6,4%) liegt der Thurgau auf dem zweitletzten Platz (Schweiz: 10,8%). Die Fachhochschul-Abschlussquote beträgt im Thurgau 5,5% (Schweiz: 6,6%). Junge Leute, die den Kanton für ein Studium verlassen, kehren nur zu 48% in den Thurgau

zurück.

Die Lehrkräfte fühlen sich durch schwierige Schüler, rasante Entwicklungen und ungeklärte Rollenteilungen im Bildungshaus zunehmend belastet. Zur Entlastung beziehungsweise Zufriedenheit können beitragen: gute Erziehung in intakten Familien; vernünftiges Tempo bei Schulentwicklungen; berufliche Perspektiven; harmonisches Team; gut funktionierende Schulleitungen.

Punkto Blockzeiten erheben die Gemeinden momentan den Bedarf. Eine Aufstockung des Lektionenpools an Kindergarten und Unterstufe könnte Kanton und Gemeinden Mehrkosten von 7 Millionen Franken bescheren. Hier sind gesetzliche Vorgaben für den Halbklassenunterricht zu erwarten.

Anmerkungen aus der Kommission: Die Bedeutung der Bildung als Standortfaktor muss betont werden. Vermehrt sollte auch das gesellschaftliche Umfeld dargelegt werden, in dem sich die Schule zu bewähren hat. Die Pisa-Studien mit ihren Resultaten, Schlüssen und Folgemassnahmen verdienen eine eingehende Erklärung. Der Qualität im Schulzimmer inklusive dem Klassenklima muss besondere Beachtung geschenkt werden.

Entwicklungen in Volksschule und Kindergarten

Hauptsächliche Aktivitäten seit 2003:

- Im Rahmen des Gesamtkonzepts „Dezentralisierung und Qualitätsmanagement“ wurden folgende Teilprojekte planmässig umgesetzt: Geleitete Schulen, Schulaufsicht, Schulevaluation, Schulberatung.
- Überarbeitete Lehrpläne bilden die Grundlage für den konsequenten Gebrauch der hochdeutschen Sprache im Unterricht.
- Das Projekt „Reorganisation Sonderpädagogisches Angebot“ wurde in das Projekt „Unterrichtsentwicklung und Integrative Schule“ überführt. Es befindet sich im Stadium des Vorprojektes.
- Die Gesetzesrevision für eine flächendeckende Einführung der durchlässigen Oberstufe ist unter Dach.

Abgeschlossen wurden die Projekte „Informatik Oberstufe“, „Klass Cockpit/Orientierungsmodule“ und „Obligatorium des Englischunterrichtes an der Oberstufe“. Aus finanziellen Gründen gestoppt wurde das Informatik-Projekt an der Primarschule. Das Anliegen wird in das Gesamtpaket „Integrative Schule“ aufgenommen. Aktuelle Themen bleiben der Sprachenunterricht, die Einführung eines Qualifikationssystems für die Lehrkräfte und das Übertrittsverfahren in die Sekundarstufe II.

In den Geleiteten Schulen müssen nun gemäss regierungsrätlicher Verordnung Mitarbeitergespräche mit Zielvereinbarungen geführt werden. Damit wird die erste Phase der Personalführung umgesetzt. Die Lohnwirksamkeit ist der letzte Schritt. Hält sich eine Lehrperson nicht an Zielvereinbarungen, soll zuerst ein Verweis ausgesprochen werden und später eine Entlassung möglich sein. Die Stimmung in den geleiteten Schulteams wird vom zuständigen Projektleiter als „gleich geblieben oder verbessert“ eingeschätzt. Alles deutet darauf hin, ergänzte der Amtschef, dass Lehrpersonen an Geleiteten Schulen „ein besseres Befinden haben, gerade auch bezüglich emotionaler Belastung“. Belastung und Befindlichkeit der Lehrkräfte werden in einer Langzeitstudie untersucht. Dafür wurden und werden 2003, 2006 und 2009 je

250'000 Franken ausgegeben, wobei die letzte noch nicht gesichert ist. 2007 ist auch eine zweite Behördenstudie vorgesehen.

Anmerkungen aus der Kommission: Die Kommission legt Wert auf die Konsolidierung von Themen wie Geleitete Schulen und Durchlässigkeit an der Oberstufe, bevor weitere „Revolutionen“ ins Auge gefasst werden. Die Geleiteten Schulen müssen zielgerichtet und sorgfältig umgesetzt werden. Neben der individuellen Förderung der Kinder sollen auch die Sorgen der Lehrkräfte sensibel wahrgenommen werden. Die Verantwortung der Eltern für die Erziehung und die Zusammenarbeit mit der Schule muss deutlicher bewusst gemacht und eingefordert werden. Gleichzeitig sind die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen. Zur Zahl und Herkunft fremdsprachiger Kinder werden aussagekräftige Daten gewünscht. Ein Augenmerk soll auf die Sportstunden auf allen Stufen und die Medienerziehung gelegt werden.

Entwicklungen in Mittel- und Hochschulen

Folgende Themen beschäftigen das Amt:

- Ein Assessment als Übergang von der Sekundarschule I zur Sekundarschule II
- Die Konsolidierung der Maturitätsreform
- Die intensive Begleitung der Pädagogischen Hochschule

Mit dem Assessment beim Übergang soll das Potenzial der Schüler besser ausgeschöpft werden. Die Vergleichbarkeit der Noten auf der Oberstufe ist nicht gewährleistet. Die Zeugnisse haben an Aussagekraft verloren und werden durch unzählige Tests abgelöst. Die Resultate aus der Maturitätsreform, die 1997 gestartet wurde, fallen sehr positiv aus. Ehemalige Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen äussern sich positiv. An der Kantonsschule ist der Frauenanteil markant höher. Eine rein schulische Ausbildung scheint für männliche Jugendliche weniger attraktiv zu sein. Das könnte den Forschungsplatz Schweiz gefährden.

An der Pädagogischen Hochschule (PHTG) sind auf Beginn des Studienjahres 2004/05 erstmals zusätzlich 75 Absolventen der Pädagogischen Maturitätsschule direkt ins zweite Studienjahr eingetreten. Es zeichnet sich ab, dass die PHTG im Vollausbau wie erwartet 300 bis 350 Studierende zählen wird. Sie zieht vermehrt auch junge Leute aus anderen Kantonen und dem süddeutschen Raum an. Der PHTG wurde im November 2003 von der Anerkennungskommission der EDK eine hohe Qualität attestiert.

Anmerkungen aus der Kommission: Die Leistungsschule muss weiter gestärkt werden. Dazu ist die Belastungsfähigkeit und Stressresistenz der Studierenden zu verstärken. Die Abschaffung der Prüfungen stösst zum Teil sauer auf, zumal Prüfungen einen Leistungsvergleich ermöglichen. Bei den Ausbildungsgängen sind geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede verstärkt zu berücksichtigen. Die Kosten der Thurgauer Mittelschulen befinden sich auf hohem Niveau. Der Kostenentwicklung muss grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Entwicklungen in Berufsbildung und Berufsberatung

Momentan laufen drei Projekte:

- Die Neuorganisation der Strukturlandschaft

- Die Weiterentwicklung in der Erwachsenenbildung
- Die allgemeine berufliche Weiterbildung

Der Thurgauer Trend zur Berufslehre hält an, ebenso der Trend zu Zwischenlösungen zwischen obligatorischer Schule und Lehreinstieg (22% der Schulabgänger). Das Brückenangebot soll ergänzt werden. Die Nachfrage nach qualifizierten Lehrstellen bleibt hoch. Die Startbedingungen für die Berufswelt werden gerade für schulschwächere Jugendliche immer problematischer. Sehr schwierig ist die Situation vor allem für unmotivierte Schüler. Geplant ist ein Mentoringangebot für Betroffene.

Anmerkungen aus der Kommission: Vorrangig muss es sein, möglichst vielen Jugendlichen eine Berufsausbildung und einen Lehrabschluss zu ermöglichen. Dabei ist zunehmende Flexibilität und oft auch die Abkehr von der Wunschausbildung gefragt. Zu hinterfragen sind einzelne Löhne, etwa kantonale KV-Löhne. Lehrmeister sollten zuerst in die Ausbildung und nicht in den Lohn investieren.

Statistik der Volksschule

Die Schülerzahlen sinken auf der Primarstufe bis 2013 um etwa 15 Prozent oder 4500 Kinder. Damit fallen rund 200 Lehrerstellen weg. Aus dem Kanton Zürich gibt es aber Signale, dass Vikariate nicht mehr ordentlich besetzt werden können. Im Thurgau gibt es momentan etwa 90 Abgänge pro Jahr. Auch der wirtschaftliche Aufschwung könnte sich negativ auf die Besetzung von Lehrerstellen auswirken.

Anmerkung aus der Kommission: Auf die sich anbahnende Entwicklung muss frühzeitig reagiert werden.

4. Integrative Schule

Eingehend wurde die Kommission über die „Integrative Schule“ informiert. Sie ist kein klassisches Projekt, sondern „eine langfristige Entwicklungsstrategie bis ins Jahr 2020“. Sie ist ohne Geleitete Schule nicht denkbar. Der Kanton definiert Ziele und Rahmenbedingungen. Die Schule wählt die Zeitplanung selber. Gemeint ist „die Wiederherstellung des Ganzen“: Alle Kinder besuchen am Wohnort die Stammklasse und werden in der Lerngemeinschaft gefördert. Beispiele gibt es bereits in Hohentannen, Neuwilen und Tobel. Auch andere Schulen leisten punkto Integration heute schon Bemerkenswertes. Erklärtes und gemeinsames Ziel der Zukunft ist eine Pädagogik der Vielfalt, in der die Unterschiedlichkeit der Regelfall wird. Integrativ gefördert werden neben Hochbegabten auch Körper-, Seh- und Hörbehinderte, ebenso ein grösserer Anteil geistig Behinderter. Integriert würden gesamthaft 200 bis 300 Sonderschüler und 1500 bis 2000 Kinder aus Sonderklassen. Die verbleibenden Sonderschulen sind für Mehrfachbehinderte und stark verhaltensauffällige Kinder gedacht. Die integrative Aufgabe soll von der Schule als pädagogischer Einheit übernommen werden. Im Klassenzimmer wird ein fachlicher Support aufgebaut. Aktuelle Forschungen zeigten, dass das Niveau keineswegs sinke. Bei schwächeren Schülern sei das Wohlbefinden allerdings leicht schlechter. Sie merken, dass sie anderen Kindern unterlegen sind. Das Kind steht vor verschiedenen Angeboten. Die Lehrperson wird zum Coach, der das Kind unterstützt und begleitet. Anstehende und laufende Entwicklungen werden in diesen Prozess eingebaut, etwa Blockzeiten, Jahresarbeitszeit oder individuelles Lernen mit der Informatik. Der Kanton steuert die Entwicklung durch Vorgaben und finanzielle Regelungen. Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs ab 2008 stellt der Kanton Zuschläge auf die Regelbesoldung in Aussicht. Das komme nicht teurer zu stehen als die schulische Heilpädagogik.

Anmerkungen aus der Kommission: Im Gegensatz zur überzeugenden Präsentation des Berichts lösten die Vorstellungen über die „gravierenden Umwälzungen“ des Schulbetriebes heftige Bauchschmerzen aus. Die Stossrichtung sei an sich begrüssenswert. Mit all den Integrationsvorhaben stosse die Schule aber auch an ihre Grenzen. Hier werde eine „Neat-Baustelle“ eröffnet. Das komplexe Unterfangen komme zu früh. Die Kommission ersucht das Erziehungsdepartement, die geplante Vernehmlassung zur Integrativen Schule um ein bis zwei Jahre zurückzustellen.

Arbon, Anfang März 2006

Der Kommissionspräsident
Andrea Vonlanthen